

A u s g a b e.

326.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 12. Oktober 1920, Nr.

Eine Spende der römischen Lehrerschaft. Die Reichsvereinigung der Lehrerschaft in Rom hat dem Bgm. Reumann durch den italienischen Gesandten Marchese Comas della Torretta eine Summe von K 157.800.- überwiesen, mit der Bitte, dieselbe zu Gunsten der armen Wiener Kinder zu verfügen. Es ist hoch erfreulich, daß Rom's Lehrerschaft in einer solchen überwältigenden Aktion ihre Sympathie für die armen Wiener Kinder zum Ausdruck bringt. Der Bürgermeister hat veranlaßt, daß der Lehrerschaft von Rom der wärmste Dank dafür ausgesprochen wird. Von der hochherzigen Spende wird in der nächsten Gemeinderatssitzung Mitteilung gemacht werden.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Samstag werden im 2. Bezirke ausländische Kartoffel zum Preise von K 7.20 per Kg. und zwar ein Kilogramm pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „7“ (nebst dem vorhergehenden Abschnitt) gegen Kartoffelkarte ausgegeben.

A u s g a b e.

327.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 12. Oktober 1920, Nr.

Gassenabsperzung. Der zwischen der Erdbergerlände und Dietrichgasse im 3. Bezirk gelegene Teil der Drorygasse ist durch wilde Koksmatzgrabungen derart unterwühlt, daß beim Durchfahren von Fuhrwerken größere Setzungen, ja selbst Einstürze des Straßenkörpers zu befürchten ist. Der Magistrat sieht sich daher gezwungen, im Einvernehmen mit der Polizeibehörde das Befahren durch Fuhrwerke jeder Art zu verbieten. Diesen Teil der genannten Gasse dürfen bloss die Fuhrwerke der Firmen „Skop“ und „Winter“ und „Siemens & Halake“ behufs Zufahrt zu ihren Plätzen benützen. Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 2000 K oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

Jahrmarkt Berndorf. Der Jahrmarkt in Berndorf wird nicht am 17. sondern erst am 24. Oktober d.J. abgehalten.

Reformen in der Armenpflege. Nach einem Referate des amtsführenden Str.-Grünwald in der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrts-  
einrichtungen und Jugendfürsorge wird nunmehr die Oberverwaltung aller städtischen Humanitätsanstalten der Magistratsabteilung 12 übertragen. Da bisher die Verwaltung auf drei Stellen verteilt war, wurden oft Parallelaktionen unternommen, die hohe Kosten verursachten. Aus wirtschaft-

lichen Gründen war daher eine Zentralisierung dringend geboten, da die finanzielle Lage der Gemeinde eine Vereinfachung der Verwaltung erfordert. So wurde beim Wirtschaftsamt ein eigenes Referat bestellt, das die Beschaffung der Lebensmittel für alle Anstalten und die Zustreifung an diese mit dem städtischen Fuhrwerk zu besorgen hat. Die Ersparnisse, die durch diese Zentralisierung erzielt werden, kommen wieder den stets wechselnden Fürsorgeaufgaben zugute. Es wird die Kaserne in Baumgarten, die bis zum 1. Oktober Spitalszwecke diente, als Heim für Versorgungsbedürftige verwendet, so daß die 500 Erlager in Lainz aufgelassen werden können. In Baumgarten ist Platz für 1150 Pfléglinge; 500 Betten sind bereits belegt.

Das Versorgungshaus in St. Andrä als Kinderheim. In seiner letzten Sitzung beriet der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrts-  
einrichtungen und Jugendfürsorge die nötigen Vorkehrungen, um das Ober-Hollerbrunner-  
Jugendheim der Stadt Wien; dessen Unterkunftsräume mit 1. Dezember d.J. der Staatsverwaltung zurückgestellt werden müssen, anderwärts unterzubringen. Es erweist sich nun, warum die Uebersiedlung der Kinder des 3. städtischen Waisenhauses in der Galleigasse nötig geworden war. Es galt, für die Versorgungsheimpfléglinge in St. Andrä Wördera Raum zu schaffen, deren Haus unter allen Anstalten der Gemeinde die günstigsten Bedingungen zur Aufnahme des Jugendheimbetriebes für schwer erziehbare Kögder in Ober-Hollabrunn gibt, an dessen Aufrechterhaltung Staat, Land und Gemeinde gleichermaßen interessiert sind. Es ist die einzige Anstalt, die mit anerkannt außerordentlichem Erfolge neue Wege auf dem Gebiete der Führung schwer erziehbarer Kinder beschritten hat. Das Gebäude des 3. städtischen Waisenhauses wird also künftig der Erwachsenenfürsorge zufallen und das Versorgungshaus in St. Andrä-Wördera wird der Erziehung Jugendlicher dienen. Dies trifft mit einem alten Wunsch der auswärtigen Pfléglinge zusammen, die ihren Lebensabend gerne in Wien verbringen und beschließen wollen. Die Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse wurde in die Unter-Meidlingerbaracken verlegt und sind außerdem das Barackenlager in Grinzing und Schloß Bellevue in Aussicht genommen. Dadurch werden 500 Betten für Kinder gewonnen und ein Durchgangsheim, die „Städtische Kinderherberge“ geschaffen.

Gemüsemärkte. Über Ersuchen der Gärtneregenossenschaft wird mit Rücksicht darauf, daß heuer die Ernte von Spätspinat erst jetzt eingebracht wird und günstig ausgefallen ist, der Mittwochmarkt auf den provisorischen Märkten auch im Monat Oktober weiterhin abgehalten werden.

Die Kleinwohnungssiedlung auf der Schmelz. Heute vormittag waren die Vertreter der Wiener Presse zu einer Besichtigung der von der Gemeinde Wien errichteten Kleinwohnungssiedlung Schmelz, deren feierliche Eröffnung morgen stattfindet, geladen. Direktor des Stadtbauamtes Ingenieur Piebiger begrüßte die Erschienenen und gab in seinen einleitenden Worten einen kurzen Rückblick über die Entstehung der Kleinwohnungssiedlung. Im März 1918

beschloß der Gemeinderat zur Behebung der Wohnungsnot die Erbauung einer Siedlung auf einem Teile des ehemaligen Exerzierfeldes auf der Schmelz. Die Siedlung war für einen 30jährigen Bestand gedacht und sollte aus einstöckigen Häusern errichtet werden, die in möglichst gleichförmigen Typen unter Verwendung materialsparender Bauweisen, zur Ausführung kommen. Damals wurde zur Erbauung ein Betrag von 10 Millionen genehmigt und ein weiterer Betrag von 15 Millionen Kronen zum Ankauf von Baustoffen bewilligt. Die Sicherstellung des Baugrundes verzögerte sich durch die im Laufe des Jahres eingetretenen Verhältnisse und erst im Herbst 1919 wurde ein solcher im Ausmaß von rund 100.000 Quadratmetern zur Verfügung gestellt. An die volle Ausführung der geplanten Anlage, die 1000 Wohnungen enthalten sollte, konnte bereits im zweiten Halbjahr 1919 nicht mehr gedacht werden, da mit dem für diesen Bau bestimmten Betrag von 10 Millionen Kronen das Auslangen nicht hätte gefunden werden können. Der Gemeinderat hat daher einer Verkleinerung der Siedlung zugestimmt und hierfür einen Betrag von 33 Millionen Kronen genehmigt. Das Steigen der Löhne und der Preise für Materialien hatte aber zur Folge, daß auch dieser Betrag nicht ausreichte und daß bei Durchführung der gesamten verkleinerten Siedlung sich die Kosten auf rund 100 Millionen Kronen belaufen würden. Die Erbauung von 11 Wohnhäusern wurde zurückgestellt werden. Unter Führung des Baurates Popowicz besichtigten nun die Pressevertreter die Wohnkolonie. Es sind im ganzen derzeit 14 Baugruppen angeführt worden, die 42 einstöckige Wohnhäuser, bestehend aus 305 Wohnungen und 14 Geschäftslokalen enthalten. Die aufgeführten Objekte sind in 4 Baublöcken angeordnet. Drei Baublöcke enthalten Kleinwohnungen, bestehend aus Zimmer, Kabinett und Küche mit rund 40 Quadratmeter Wohnfläche, ein Baublock enthält größere Wohnungen bestehend aus 2 Zimmer, Küche oder 2 Zimmer, Kabinett und Küche mit rund 60 Quadratmeter Baufläche. Jede Wohnung hat neben einem Vorraum ein eigenes Klosett und eine eigens von der Küche zugängliche Speisekammer, größere Wohnungen haben eine Badstube zur Unterbringung einer Badewanne. In allen Wohnungen ist Gas eingeleitet, in jeder Küche ist ein Gasauslaß für einen Rechaud angebracht. Eine geräumige Keller- und Bodenabteilung ist für jede Wohnung vorgesehen, ebenso ist in jedem Haus eine eigene Waschküche untergebracht. Beim Bau wurde auf verschiedenartige Ersatzstoffe geachtet, es wurden sogenannte sparsame Bauweisen angewendet, an Stelle des gebrannten Ziegels trat der Betonholetstein, an Stelle der Steinfliesen kamen Holzfliesen u.s.w. Die Verbindungsbauteile zwischen den einzelnen Häusern sind zur Unterbringung von Geschäften wie Konsumhallen, Tabak-Trafik, etc. gedacht. Die Häuserblocks schließen einen großen Raum ein, auf dem Spielplätze für Kinder und Baumsanlagen errichtet werden sollen. Jede Wohnung soll einen Schrebergarten in der Größe von 50 bis 100 Quadratmetern erhalten. Als eine Neuerscheinung in diesen Häusern ist das Fehlen des Hausbesorgers zu verzeichnen; die Wohnparteien werden für die Ordnung im Hause selbst Sorge zu tragen. Von dem ganzen zur Verbauung bestimmten Grundfläche von rund 100.000 Quadratmeter verbleiben 86.000 Quadratmeter für Straßen, freie Plätze u.s.w.